

Antrag A9: Schwimmendes LNG-Terminal (Floating LNG Storage Units) in den Hafen Rostock holen

Antragsteller*in:	KV Nordvorpommern (Kreisverband)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	3. Wirtschaft

Die Bedeutung von LNG wird im Zuge der Abkehr von russischen Energieimporten in der deutschen Energieversorgung zunehmen. Der Bund wird hierfür mehrere feste Gas-Terminals auf den Weg bringen. Ein Umstand, der besonders Standorte an der Nordsee wie Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Wilhelmshaven sowie Stade in Niedersachsen begünstigt, da diese von der Bundesregierung als mögliche Standorte gesehen werden. Die Abstimmung mit den jeweiligen Ebenen auf Bundes- und Landesebene sind dazu teilweise bereits fortgeschritten. Auch wenn die Initiativen in den westlichen Bundesländern für die maritime Wirtschaft, die Energiewende und die Wertschöpfung positive Effekte haben werden, sollten wir versuchen, auch an der Ostsee von der zunehmenden Bedeutung von LNG zu profitieren und möglichst in der Hafenanlage in Rostock ins LNG-Geschäft einzusteigen.

Während der Bau in Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven mehrjährige Bauphasen bedeuten, müssen parallel auch kurzfristigere Lösungen verfolgt werden. Hier könnte Rostock eine Schlüsselrolle einnehmen. Denn eine kurzfristige Lösung liegt u. a. bei der Installation von schwimmenden Terminals (sogenannte Floating Storage and Regasification Units). Diese mobilen Anlagen könnten im Rostocker Hafen oder sogar vor die Küste Mecklenburgs-Vorpommern verlegt werden und damit schnell an bestehende Gasnetze und Pipelines abgeschlossen werden. Ein Riesenvorteil gegenüber den künftigen Projekten für die festen LNG-Terminals. Da es bei der Unabhängigkeit von Gas aus Russland schnell gehen muss, ist das als Zwischenschritt unabdingbar. Der Bund muss und wird die Finanzierung der FSRUs übernehmen, hierzu sind bereits alle notwendigen Schritte eingeleitet. Dabei darf es nicht dazu kommen, dass diese kurzfristige Lösung langfristig Geschäftskonzepte und Finanzierung fester Terminals konterkariert.

Wir fordern die Landesregierung daher auf:

- schnellstmöglich zu klären, ob und wann eine FSRU im Rostocker Hafen zur Verfügung stehen könnte;
- zu prüfen, welche regulatorischen Rahmenbedingungen auf Landesebene behandelt werden müssen, um die FSRU nach Rostock holen;
- zu klären, ob die Infrastruktur des Rostocker Hafens ausreicht, um den Prozess der tiefgekühlten Anlieferung durch die LNG-Tanker in die weitere Umwandlung zu flüssigen Gas vor Ort gegeben sind;
- den Bund schnellstmöglich dabei zu unterstützen, die FSRU in unserem Bundesland unterzubringen und alle notwendigen Genehmigungen von Landesbehörden in den nächsten 6 Monaten (vor der Heizperiode) zu erteilen;
- alle Hemmnisse zu beseitigen, um im Wettbewerb mit den anderen drei im Gespräch befindlichen Hafen-Standorten den Zuschlag zu bekommen;

- wenn es nötig ist, den Ausbau der Leitungskapazität von Güstrow nach Rostock zu unterstützen und voranzutreiben;
- langfristig ein festes Terminal für neue Energieformen von Wasserstoff zu etablieren.

Begründung

erfolgt mündlich